

7 Vergleichsanalyse: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Was eint und was unterscheidet nun die verschiedenen Protestgruppen der Post-Corona-Bewegung in Niedersachsen voneinander? Nachdem wir im vorangegangenen Teil dieser Studie die untersuchten Fälle in detaillierten Case-Reports präsentiert haben, sollen nun die Erkenntnisse zu den einzelnen Gruppen einer strukturierten Vergleichsanalyse unterzogen werden. Um übergreifende Gemeinsamkeiten und regionale Unterschiede herauszuarbeiten und zu verdichten, betrachten wir zunächst die Ergebnisse der einzelnen Analysekatégorien – Ressourcen, Aktionsformen und Deutungsmuster der Gruppen – über die verschiedenen untersuchten Proteste hinweg. Auf dieser Grundlage werden Idealtypen und weitere Differenzierungen entwickelt, welche die Eigenheiten der Post-Corona-Bewegung systematisch beschreiben.

Überblick: Regionale Mobilisierung und Strukturen

Ausgangspunkt unserer Untersuchung ist die geschlossene Gelegenheitsstruktur, in der sich die Anti-Corona-Proteste in Niedersachsen und anderswo bewegen. Wie in Kapitel 5 gezeigt wurde, schwanden mit dem offiziellen Ende der Anti-Corona-Maßnahmen im Februar 2023 (vgl. Bundesministerium für Gesundheit 2023) zwar die vorherigen rechtlich-administrativen Einschränkungen, welche die Anti-Corona-Proteste wesentlich geprägt und radikalisiert hatten. Mit dem Ende der Corona-Schutzmaßnahmen verloren die Protestgruppen allerdings den

zentralen Gegenstand ihrer Demonstrationen, aus Warte der breiten Öffentlichkeit zudem deutlich an Relevanz und Dringlichkeit. Zugleich führte die während der Pandemie geprägte negative Wahrnehmung der Anti-Corona-Proteste in der Öffentlichkeit dazu, dass Kooperationsanreize für mögliche Bündnispartner:innen in Parteien und anderen Bewegungen weiter schwanden. Trotz immer wieder aufflammender öffentlicher Debatten über eine politische Aufarbeitung der Pandemie fanden die Protestgruppen daher kaum Gehör oder sogar Unterstützung etablierter Akteure aus Politik und Medien.

Ab 2023 standen die beobachteten Post-Corona-Proteste somit vor der doppelten strategischen Herausforderung, Antworten sowohl auf ihren thematischen Bedeutungsverlust als auch ihren politischen Paria-Status zu finden – vor allem, da die Anti-Corona-Proteste bereits am Ende der Pandemie massiv geschrumpft waren. Die dennoch auch in der postpandemischen Phase weiterhin motivierten Aktivist:innen waren insofern zum einen gefordert, die Ressourcenbasis ihrer Gruppen durch eine effektive Mobilisierung von Personen sowie die Akquise von Material und Fähigkeiten zu stabilisieren; zum anderen bedurfte es neuer Ansätze, die öffentliche Wahrnehmung der Bewegung zu verbessern, wozu Bewegungen üblicherweise auf strategische Anpassung und Aktualisierung von Inhalten und Aktionsformen oder mit der Knüpfung politischer Bündnisse reagieren (vgl. McAdam 1983). Tatsächlich zeigen sich auch übergreifend und niedersachsenweit verschiedene Initiativen, die Proteste zu verstetigen und zu institutionalisieren, indem übergreifende Medien und Organisationsformen eingeführt wurden.

Die zu Beginn der Studie durchgeführte Vorerhebung verbliebener Protestaktivitäten in Niedersachsen im Herbst 2023 weist darauf hin, dass die niedersächsischen Gruppen grundsätzlich auch in der postpandemischen Situation überraschend kontinuierlich und relativ breit mobilisieren konnten. Die zu diesem Zeitpunkt rund sechzig regelmäßigen, angekündigten Aktivitäten verstreuten sich über weite Teile des Bundeslandes. Größere protestfreie Regionen fanden sich insbesondere in weniger stark besiedelten Regionen wie etwa den Landkreisen Cuxhaven und Heidekreis sowie im Emsland und Weserbergland. Die von uns erfassten angekündigten Aktivitäten fanden sowohl in großen

als auch in kleineren Städten statt, lagen jedoch vielfach in oder in der Nähe von mittleren oder großen Städten. Ballungen von Protestankündigungen finden sich insbesondere im niedersächsischen Umland von Bremen, Hamburg und vor allem Hannover.

Abbildung 8: Protestaufrufe zu Post-Corona-Protesten in Niedersachsen im Herbst 2023 (vgl. Kapitel 4)



Quelle: eigene Erhebung, Darstellung Katja Töpfer

In der Region Hannover zeichnet sich ein von Westen nach Osten reichender Gürtel besonders vieler Aktivitäten von Post-Corona-Gruppen ab, deren Zentrum damit vor allem in dem von Industrie- und

Dienstleistungsstrukturen geprägten mittleren Südosten Niedersachsens liegt, der zu den angestammten Hochburgen der Sozialdemokratie im Bundesland gehört.

Dem Befund einer fortwährenden und regional relativ breiten Mobilisierung stehen indes qualitative Hinweise auf Prozesse einer Demobilisierung gegenüber. Darauf weisen sowohl die Aussagen von Teilnehmer:innen noch aktiver Gruppen, die von einem Schrumpfungsprozess im Vergleich zur Gründungs- und Hochphase während der Pandemie berichten, als auch die Auflösung einzelner von uns zur Untersuchung anvisierter Gruppen hin. Insgesamt lässt sich konstatieren, dass sich die Mobilisierung der Anti-Corona-Protteste in der postpandemischen Phase auf niedrigem Niveau stabilisiert hat. An den – laut Aussagen von Mitgliedern – inzwischen zwar kleineren, aber anhaltend hochaktiven Gruppen nahmen im Untersuchungszeitraum zwischen zehn und achtzig Personen teil. Dies deutet auf eine – insbesondere für regelmäßig durchgeführte Protteste – weiterhin beachtliche Mobilisierungsfähigkeit sowie auf einen verbliebenen harten Kern von Aktivist:innen von mitunter überraschender Größe hin.

Beide Einschätzungen – sowohl der Schrumpfung als auch der Stabilisierung eines harten Kerns – werden grundsätzlich von der quantitativen Untersuchung von Helmer und Zylla (i.E.) gestützt. Diese zeigt einerseits, dass der Umfang der Kommunikation in Querdenken-Gruppen nach dem Ende der Pandemie zwar merklich gesunken ist, sich seit Anfang 2023 aber – trotz einiger Schwankungen – stabilisiert hat (vgl. ebd.). Andererseits weisen die Autoren anhand der 2023 in Querdenken-Kanälen veröffentlichten Posts auf kommunikative Hochburgen in Niedersachsen hin, die vor allem in den Regionen Hannover und Osnabrück sowie in den Landkreisen um Braunschweig und Gifhorn liegen, die in der vorliegenden Studie zumindest teilweise vertiefend untersucht wurden.

Zudem ergeben sich aus unserer Studie weitere Hinweise auf übergreifende Bewegungsreaktionen, die sich insbesondere durch innovative Ansätze und Taktiken der Zentralisierung und Vernetzung auszeichnen. McAdam (1983) beschreibt die Entwicklung und Aneignung neuer Bewegungstaktiken, sobald sich die Umstände einer Bewegung verän-

dern; eine solche Innovation ist beispielsweise die Nutzung (oder Schaffung) neuer Bewegungskommunikationsmedien (vgl. Donovan/Lewis/Friedberg 2019).

Zum einen zeigen sich diese etwa in den Aktivitäten des Aggregationskanals »Freie Niedersachsen«, in dem Demotermine, -aufrufe und -berichte zentral gesammelt und geteilt werden – der Kanal bildet damit einen zentralen Kontaktpunkt, der die lokalen niedersächsischen Post-Corona-Proteste überregional miteinander verknüpft. Auch bewerben Gruppen untereinander regionale sowie Großveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet. Diese werden augenscheinlich jeweils als Teil derselben Bewegung und nicht als Konkurrenz verstanden, auch wenn sie parallel stattfinden. Vereinzelt werden von anderen Gruppen entwickelte Aktionsformate als besonderes »Event« auf eigenen Veranstaltungen präsentiert und integriert, wie etwa im Fall von Wanderausstellungen.

Zum anderen finden sich Bemühungen zur Etablierung einer professionell produzierten und überregional ausgerichteten Bewegungszeitung namens *Klartext – Bürgerzeitung für Niedersachsen*. Diese ist, zusammen mit weiteren regionalen Ablegern, aus dem Projekt »Klartext Bürgerzeitung für Hohenlohe« hervorgegangen. Zwischen Februar 2023 und April 2024 erschienen insgesamt drei, im Stil einer Tageszeitung gestaltete Klartext-Niedersachsen-Ausgaben, die laut Selbstdarstellung in einer Auflage von 20.000 Exemplaren gedruckt (vgl. Hüther 2024) und von Freiwilligen verteilt wurden. In den achtseitigen Printausgaben finden sich sowohl Protestaufrufe und -berichte als auch Artikel, Kommentare und Kritiken, die eine von den Leitmedien »falsch oder lückenhaft« informierte Leser:innenschaft über »Hintergründe der Geschehnisse in Deutschland und der Welt« aufklären und so »zum Nachdenken und Hineinfühlen« (Klartext Niedersachsen 2023: 8) motivieren sollen.¹

1 Inzwischen ist das Projekt aber offenbar zum Erliegen gekommen. Hierauf verweisen das Ausbleiben einer angekündigten vierten Printausgabe, die Löschung der Website wie auch der weitgehend inaktive *Telegram*-Kanal von Klartext-Niedersachsen.

Organisation und Ressourcen

Vor dem Hintergrund fortdauernder Aktivitäten stellt sich zunächst die Frage, ob und welche materiellen und immateriellen Ressourcen die Post-Corona-Protestgruppen mobilisieren können – denn auf diesen beruht wiederum ihre Organisation.

Profil und Prägung

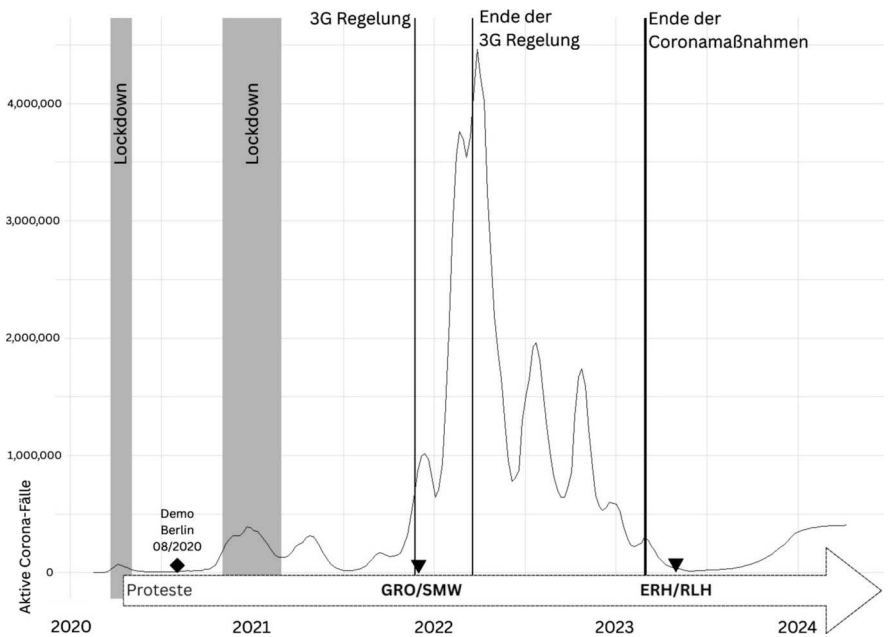
Bedeutsam ist zunächst das historisch gewachsene Profil der Gruppen, das sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede aufweist. Das Gros der Teilnehmer:innen, die mit uns gesprochen haben, berichteten, in den Jahren 2020 bis 2022 insbesondere durch die Coronamaßnahmen politisiert und initial mobilisiert worden zu sein, die sie aus verschiedenen Gründen privat und politisch als skandalös empfunden haben. Als besonders prägend erscheinen eigene oder vermittelte Erfahrungen sozialer und politischer Ausgrenzung sowie Konfrontationen mit der Polizei. Daraus resultiert bei vielen Befragten nicht nur ein tiefes Misstrauen gegenüber Politik, Staat und Medien, sondern auch die Wahrnehmung ihrer zunehmend defensiven politischen Positionen.

Auf diese Erfahrungen und Wahrnehmungen reagierte man jedoch strategisch unterschiedlich: Ältere und thematisch fokussierte Gruppen wie die »Schneemänner mit Würde« (Hannover) oder »Grundrechte Osnabrück« gründeten sich bereits Ende 2021 in der Hochphase der Pandemie (vgl. Abb. 11). Sie blieben ihrer Prägung treu und entwickelten später bloß teilweise ein über das Gründungsthema hinausweisendes Themenprofil. Demgegenüber finden sich später (neu) gegründete Gruppen wie »Es reicht! Hannover« oder »Rote Linie Hildesheim«, deren Mitglieder zwar ebenfalls bereits während der Pandemie gegen die Coronamaßnahmen in anderen Formationen protestiert hatten, zum Ende der Pandemie aber formell neue Gruppen gründeten, die sich strategisch mit einem breiteren Profil positioniert haben.

Die Bewegungsorganisationen der Post-Corona Bewegung sind selten institutionalisiert – etwa in Form eines eingetragenen Vereins –, sondern werden eher vom steten Engagement Einzelner getragen. In

dem Netzwerk aus Netzwerken, das die soziale und politische Bewegung ausmacht, stellen Ausdauer und Engagement der Beteiligten die entscheidende organisatorische Ressource dar. In Ermangelung institutioneller Strukturen werden Aktivitäten und Mobilisierung der Teilnehmer:innen nicht von einem Apparat, sondern vom persönlichen Einsatz eines harten Kerns von Aktivist:innen getragen. Die von diesen hochaktiven Personen und insbesondere den zentralen Organisator:innen eingebrachten Eigenschaften und Fähigkeiten bilden und prägen wiederum die materielle und immaterielle Ressourcenbasis, auf der die Gruppen ihr Profil und Aktionsrepertoire entfaltet haben.

Abbildung 9: Verlauf der Coronapandemie und Protestgeschehen



Quelle: eigene Erhebung und Darstellung; aktive Fallzahlen (Radtke 2025), zentrale Ereignisse (Betsch et al. 2022, COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO))

Das Sozialprofil der Gruppenteilnehmer:innen weist gruppenübergreifend gewisse Ähnlichkeiten auf: So zeigt sich überall eine gemischte Geschlechterverteilung. Während die Teilnehmer:innen insgesamt einen leichten Männerüberhang – von etwa drei Fünfteln – aufweisen, werden mehrere Gruppen von Frauen organisiert und geleitet. Auch die Altersstruktur der Gruppen ähnelt sich insgesamt: Dominant sind die Kohorten etwa zwischen 40–65 Jahren, vereinzelt kommen etwas ältere Personen hinzu. Jugendliche und junge Erwachsene werden zwar in der Rhetorik der Gruppen oftmals adressiert, fehlen jedoch bei den beobachteten Aktionen allorts gänzlich. Ein zumindest ähnlicher generationeller Erfahrungshintergrund der zwischen den 1970er und 1990er Jahren sozialisierten Aktivist:innen bildet eine wichtige Grundlage der beobachteten Vergemeinschaftungs- und Abgrenzungsprozesse. Dies zeigt sich etwa in der – sowohl positiven als auch negativen – Bezugnahme auf jüngere Kohorten, die entweder als von der Pandemie besonders betroffene adressiert oder als gegenüber Grund- und Bürgerrechten ignorante Generation kritisiert werden. Sozial erscheinen die beobachteten Anti-Corona-Proteste übergreifend als diverse Mittelschichtsbewegung, die verschiedene soziale und kulturelle Milieus integriert. So ist ein Nebeneinander von akademischen und nichtakademischen Hintergründen sowie von – durch die Pandemiebekämpfung oftmals besonders betroffenen – alternativ-künstlerischen, bürgerlich-akademischen, kleinunternehmerisch-selbstständigen und prekären Profilen erkennbar.

Ressourcenbasis

Die verbliebenen Aktivist:innen verfügen über die Ressourcen, welche für Struktur, Organisation und Aktivitäten der Gruppen elementar sind. Hierzu gehören zum einen immaterielle Ressourcen, die von den Teilnehmer:innen und insbesondere Organisator:innen persönlich eingebracht werden; das zeitaufwendige und konstante Engagement verweist auf ausreichende zeitliche und finanzielle Reserven sowie berufliche und soziale Selbstbestimmungsgrade, die für das mittlere Alter der Aktivist:innen nicht untypisch sein mögen. Hinzu kommen

eine offenbar hohe Motivation, sich intensiv in Aktionen einzubringen, sowie die Fähigkeit, sich in die vorgegebenen Aktionsformen einzufügen. Ebenso zentral ist die ausgeprägte Bereitschaft zur Mobilität. Zahlreiche Aktivist:innen nehmen regelmäßig auch an Aktionen anderer lokaler, regionaler oder überregionaler Gruppen und Initiativen teil. Vor allem die Organisator:innen der Gruppen bringen überdies persönliche und teils beruflich profilierte Fähigkeiten im Bereich Rhetorik, Kommunikation, Technik oder Organisation ein, die der Durchführung, Mediatisierung und Verstetigung von Aktionen zuträglich sind. Bedeutsam sind hier vor allem vielfältige Fähigkeiten, die zur Herstellung digitaler Inhalte und der intensiven Nutzung sozialer Netzwerke zur Selbst- und Gruppendarstellung auf Messengerdiensten notwendig sind.

Zentral für die Aktivitäten der untersuchten Gruppen sind zum anderen bestimmte materielle Ressourcen. Hierzu gehört ein – relativ schmales – Set kollektiv genutzter Materialien, die für die regelmäßigen Aktionen im analogen Raum benötigt werden. Sie variieren je nach Aktionsform leicht. Demonstrationzüge und Kundgebungen erfordern Schilder, Banner, transportable Lautsprecher und Mikrofone, während Gruppen mit spezifischen Aktionsformaten überdies besondere Materialien wie etwa Verkleidungen, Ausstellungsgegenstände oder Instrumente nutzen. Sämtliche Gruppen verfügen über teils professionelle Audio- und Videotechnik, mit der sie ihre Veranstaltungen dokumentieren und mediatisieren (vgl. etwa Livingstone 2009; Lazar/Wan 2022). Insgesamt werden die beschriebenen Basisressourcen entweder von einzelnen Aktivist:innen mitgebracht oder von den zentralen Organisator:innen der Gruppen zur Verfügung gestellt, was die materiellen Hürden einer Teilnahme beträchtlich senkt. Aufwendigere materielle Ressourcen, wie etwa Wanderausstellungen, größere Instrumente und Videotechnik, werden zum Teil auch durch regionale oder überregionale Aktivist:innen oder Videostreamer:innen zur Verfügung gestellt und gruppenübergreifend intensiv wie effektiv miteinander geteilt.

Organisationsstrukturen

Organisatorisch deuten sich vor allem in den analogen (Inter-)Aktionen der Post-Corona-Protestgruppen eine informelle Arbeitsteilung sowie flache Hierarchien an. Diese ähneln einer für Aktivismus oft charakteristischen Zwiebelstruktur: Im Zentrum der öffentlichen Aktivitäten stehen Personen, die zentrale Organisationsaufgaben und – zumindest faktisch – Sprecher:innenfunktionen übernehmen. Zusammen mit weiteren besonders aktiven und mobilen Aktivist:innen bilden sie die Gruppenkerne, die für die Akquise von Ressourcen und die Aufrechterhaltung von Organisation, Mobilisierung und Kommunikation – somit für die Stabilität der Gruppen – elementar sind. Weitere Aktivist:innen konzentrieren sich eher auf die Teilnahme an lokalen Aktionen. Sie folgen augenscheinlich den von den Organisator:innen vorgegebenen Proteststrategien und -dramaturgien und treten in den Aktionen kaum selbst kommunikativ in Erscheinung. Nach außen hin sind die untersuchten Gruppen vielfältig und intensiv mit anderen Post-Corona-Protestgruppen vernetzt – personell und organisatorisch unterstützt man einander bei Aktionen. Diese Vernetzung basiert sowohl auf der hohen Bereitschaft zu Mobilität als auch auf den vielfältigen Kontakten und persönlichen Beziehungen insbesondere der Organisator:innen der Gruppen.

Auch im digitalen Raum findet sich eine umfassende kommunikative Infrastruktur der Gruppen. Hierzu gehören die Profile in Sozialen Medien wie *YouTube*, *Instagram* oder *X*. Das kommunikative Rückgrat stellt indes der Messengerdienst *Telegram* dar: Dort eingerichtete *Gruppen* werden in der Regel zur Binnenkommunikation von Mitgliedern genutzt.² Die offenbar meist von den Organisator:innen betriebenen *Kanäle* dienen insbesondere dazu, Informationen und Teilnahmeaufrufe in Text-, Bild und Videoformaten zu verteilen. Ergänzt wird die eigene digitale Infrastruktur durch den Rückgriff auf ein externes Netzwerk von *Telegram*-Kanälen, die während der Pandemie eine Art Ökosystem des Protests ausgebildet haben (Schrimpf et al. 2023). Dazu

2 Diese waren allerdings nicht Gegenstand der vorliegenden Studie.

gehören neben den genannten Aggregationskanälen insbesondere die lokal ansässigen oder regional orientierten Info- und Streaming-Kanäle, darunter »WendeZeit Hannover« oder »End- und Neuzeitreport«. Deren Betreiber:innen übertragen, kommentieren und dokumentieren als bewegungsnahe Medienmacher:innen auf ihren *Telegram*- oder *YouTube*-Kanälen Protestveranstaltungen. Die von ihnen bereitgestellten Videos werden im medialen Ökosystem vielfach geteilt oder weiterverbreitet, womit lokale Gruppen unterstützt und miteinander vernetzt werden sowie ihre mediale Sichtbarkeit erhöht wird. Hinzu kommt eine alternative Medienlandschaft³ im deutschsprachigen (vgl. Rone 2022) und internationalen (vgl. Starbird 2017) Raum, die wohlwollend über die Anti- beziehungsweise Post-Corona-Proteste berichtet und Themen setzt, die mit den Perspektiven der Protestgruppen kongruent sind.

Aktionsrepertoire

Im Laufe ihres mehrjährigen Engagements haben die untersuchten Post-Corona-Gruppen ein breites und recht differenziertes Aktionsrepertoire entwickelt, das sowohl analoge als auch digitale Kommunikations- und Protestformen umfasst. Diese folgen sowohl klassisch-etablierten als auch innovativ-kreativen Ansätzen der Protestkommunikation. Dabei finden sich gruppenübergreifend zwar insgesamt ähnliche, im Detail jedoch spezifische Aktions- und Interaktionsformen. Klassische Protestformen wie öffentliche Demonstrationen oder Kundgebungen werden genutzt und weiterentwickelt – und zugleich in die Online-Kommunikation integriert. Die praktizierten Aktions- und Kommunikationsformen spiegeln grundsätzlich die kollektive Identität der Protestgruppen, die stark von der geteilten Erfahrung sozialer und

3 »Alternative news media position themselves as correctives of the mainstream news media, as expressed in editorial agendas or statements and/or are perceived as such by their audiences or third-parties« (Holt/Ustad Figenschou/Frischlich 2019: 860).

politischer Ausgrenzung sowie der wahrgenommenen Betroffenheit von staatlicher Repression während der Pandemie geprägt ist.

Die kommunikativen Appelle und Angebote der Gruppen wirken nach innen und außen: Intern tragen Aktionsformen dazu bei, die kollektive Identität der Protestgruppen sowie die Kohäsion zwischen ihren Mitgliedern zu stabilisieren, indem durch die Pandemieerfahrung hervorgerufene Kränkungen und Ressentiments auf den Veranstaltungen durch eine beständige Wiedererzählung erinnert und gefestigt werden – sie formen und zementieren die Perspektiven der Protestgruppen. Zugleich wird das identitätsstiftende Erfahrungsnarrativ extern kommuniziert und mit kollektiven Aktionen beantwortet. In ihrer nach außen gerichteten Agitation zeigen die Gruppen insbesondere im analogen Raum teils deutliche Unterschiede, die ihr jeweiliges Profil stark prägen.

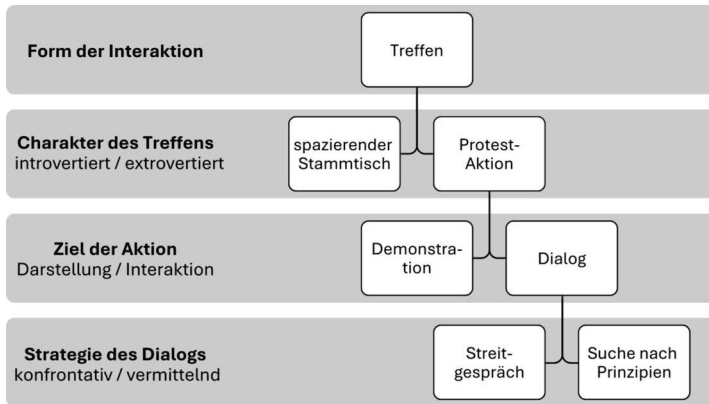
Typologie der analogen Aktionsformen

Die Unterschiede der beobachtbaren Aktionsformen sowie die dahinterstehenden Ideen und Ansätze lassen sich in einer Typologie verdichten, die – ausgehend von gemeinsamen Eigenschaften der jeweiligen Gruppenaktivität – entlang zentraler Unterschiede auf verschiedenen Ebenen Untertypen von Aktivitäten differenziert (vgl. Abb. 9). Ausgangspunkt der Typologie sind öffentliche Treffen als basalste Form der gemeinschaftlichen Interaktion, die wir bei allen noch aktiven Gruppen beobachten konnten. Gemeinsam ist diesen Treffen, dass sie in der Öffentlichkeit stattfinden. Allerdings stellen die praktizierten Aktionsformen zu dieser sehr unterschiedliche Bezüge her, was wir begrifflich im Gegensatz von Stammtisch und Protest beschreiben.

Die erste Aktionsform der spazierenden Stammtische verbleibt unterhalb der Schwelle von Protest, weil sie keine öffentlich erkennbaren Anliegen oder Widersprüche formulieren. So weisen die Aktionsformen der beobachteten Gruppen in Wolfsburg, Delmenhorst oder Hildesheim insgesamt gesehen einen weithin introvertierten Charakter auf: Die kleinen bis mittelgroßen Gruppen treffen sich zwar regelmäßig in der innerstädtischen Öffentlichkeit, wo sie – an ihre Gründungs-

und Hochphase der Proteste während der Coronapandemie anknüpfend – gemeinsame Spaziergänge durchführen; dabei enthalten sie sich jedoch expliziten politischen Expressionen oder Geltungsansprüchen, die Protestanliegen von Bewegungen kenntlich machen würden (vgl. Raschke 1988). Auf ihren Aktionen kommunizieren sie weder politische Botschaften noch betreiben sie nach außen gerichtete *Telegram*-Kanäle, die ihre Anliegen systematisch in eine digitale Öffentlichkeit einbrächten.

Abbildung 10: Typologie der Aktionsformen der untersuchten Post-Corona-Gruppen



Quelle: eigene Darstellung

Laut den Teilnehmer:innen erfüllen die Treffen für die meisten Mitglieder zuvorderst eine soziale Funktion: Ähnlich einem Stammtisch pflegen ›Gleichgesinnte‹ persönliche Kontakte und vergewissern einander tagespolitischer Deutungen und identitärer Grundlagen. Auf diese Weise verarbeiten – und stabilisieren – die Teilnehmer:innen ihren politischen Unmut ebenso wie die vielfach perpetuierte Erfahrung sozialer und politischer Ausgrenzung. Die hieraus erwachsene Schicksalsgemeinschaft zeigt sich grundsätzlich und trotz politisch-

ideologischer Differenzen und Widersprüche offen. Dies wird etwa an der aktiven und – bei unseren Beobachtungen unwidersprochenen – Beteiligung von Personen deutlich, die Verschwörungserzählungen anhängen oder etwa dem Reichsbürger:innen-Spektrum angehören. Entsprechende Gruppenmitglieder gehen offenbar zum Teil davon aus, dass die Gruppe im Fall einer von den Eliten heraufbeschworenen Krise als Auffangnetz fungiert. Vermutlich könnten die spazierenden Stammtischgruppen protestpolitisch reaktiviert werden. Sie haben sich zwar von einer aktiven Teilnahme an einer politischen Öffentlichkeit vorerst zurückgezogen; doch bilden ihre fortgesetzte Mobilisierung im öffentlichen Raum sowie ihre ritualisierten Aktivitäten zur Stabilisierung der Gruppenidentität ein Potenzial, die ohnehin ›spazierenden‹ Stammtische zur Teilnahme an lokalen, regionalen oder überregionalen Protesten zu bewegen.

Den introvertierten stehen extrovertierte Gruppen und Aktionsformen gegenüber, die als Proteste erkennbar sind. Entsprechende Aktivitäten zeigen unter den untersuchten Gruppen etwa ERH, SMW, RLH und GRO. Auch ihre Aktionen erfüllen nach innen fraglos wichtige soziale Funktionen, die für die Aufrechterhaltung der Gruppenkohäsion zentral sind. Die von ihnen entwickelten Konzepte und Formen ihrer Aktivitäten verfolgen strategisch aber erkennbar ein anderes Ziel. Aktionen richten sich vornehmlich expressiv mit politischen Botschaften nach außen, wodurch sie sich klar als Protest einordnen lassen. Durch Präsenz, Symbolik und Kommunikation soll eine breitere lokale Öffentlichkeit angesprochen und informiert werden. Hierzu nutzen die Gruppen nicht allein die klassische Form der Demonstration, die politische Anliegen und Perspektiven durch den Auftritt mobilisierter Personen darzustellen und in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen versucht. Vielmehr versuchen sie – freilich in unterschiedlicher Konsequenz –, in eine dialogische Form des Austauschs mit der lokalen Öffentlichkeit zu treten. Die dialogischen Elemente reagieren dabei zum einen auf die geteilte Erfahrung der eigenen sozialen und politischen Ausgrenzung, welche die Aktivist:innen, teils beinahe trotzig, mit offensiver Offenheit und Herzlichkeit zu kontrastieren versuchen. Zum anderen versucht dieser dialogische Ansatz, strategisch einen Weg aus der eigenen Isolation zu

eröffnen, der sich mit der rein expressiv-darstellerischen Form der Demonstration nicht erreichen lässt.

In der Praxis spielen dialogische Elemente im Fall der Gruppen ERH und RLH allerdings eine weniger zentrale Rolle, sodass deren Aktionsformen von außen besehen wohl am besten als klassische Demonstration mit dialogischen Elementen beschrieben sind. Im Fall der Aktionsformen der Gruppen GRO und SMW sind dialogische Elemente hingegen dominant; jedoch unterscheiden sich die dabei verfolgten Ansätze und Strategien in ihrem Charakter wiederum deutlich: So verfolgt GRO eine Strategie des offensiv-konfrontativen Dialogs oder der Schau-Debatte (vgl. Kapitel 6). Neben der Präsentation und Begründung von alternativem Wissen und Perspektiven hat sie hierzu eine prägnante Form des öffentlichen Streits entwickelt, die Passant:innen in der Innenstadt zu einem diskursiven Austausch provozieren soll. Dieser zielt einerseits auf einen konfrontativen inhaltlich-argumentativen Wettbewerb ab und soll andererseits die von der Gruppe kritisierten politischen Affekte des Gegenübers mobilisieren und bloßstellen. Demgegenüber verfolgen die Hannoveraner SMW eine dezidiert defensiv-vermittelnde Dialogstrategie (vgl. Kapitel 6.): Ihre passiv-symbolisch wirkenden stillen Mahnwachen bezwecken, die Aufmerksamkeit von Passant:innen zu gewinnen und sie zur offenen Reflexion sowie zum Austausch über für die demokratische Praxis zentrale Prinzipien – etwa »Würde«, »Freiheit« oder »Zuhören« – zu bewegen.

Binnendynamik

Auch die extrovertierten Aktionsformen haben indes wichtige Binnenfunktionen. Die regelmäßigen Treffen und Aktionen tragen bei allen Gruppen wesentlich zur Reproduktion und Stabilisierung ihrer kollektiven Identität und Kohäsion bei. Aus der Praxis ihrer Gemeinschaft erwächst der Klebstoff, der die Gruppen zusammenhält. So fungieren die primär nach außen gerichteten Aktionen nach innen als Treffen Gleichgesinnter, die einander dezidiert solidarisch und freundschaftlich gegenüberreten. Die Teilnehmer:innen versichern sich hier der Richtigkeit ihrer oppositionellen Standpunkte als politische Außensei-

ter:innen und versuchen zugleich, ihre kollektiv empfundene soziale Ausgrenzung durch persönlichen Austausch und Nähe sowie die Versicherung von Vertrauen und Zusammenhalt zu kontrastieren oder sogar zu überwinden.

Dabei haben die Gruppen eine Vielzahl ähnlicher Rituale des gemeinschaftlichen Handelns und Austauschs entwickelt. Die regelmäßig und selbst bei widrigsten Wetterumständen begangenen Aktionen sind in ihrer jeweiligen Form und Dramaturgie stark verinnerlicht. Sie folgen einer teils liturgisch anmutenden Form des kollektiven Handelns – die selbst auferlegte Herausforderung des kontinuierlichen Protests wird immer wieder gemeinschaftlich bewältigt. Die Erfahrung, diese gemeinsam durchhalten und bewältigen zu können, erscheint als bedeutsame Quelle von Selbstwirksamkeit und Motivation. Hinzu kommen ausgeprägt kommunitäre Umgangsweisen, die eher an klassische Gesellungsprozesse im sozialen Nahfeld denn an politische Protestkulturen erinnern. So sind alltägliche persönliche Interaktionen – wie ausgedehnte Begrüßungen, körperliche Nähe, persönliche Gespräche oder emotionale Ansprachen – innerhalb der Gruppen selbstverständlich. Auch teils familiär anmutende gemeinschaftliche Handlungsweisen wie das Singen von Liedern, das Vortragen von Gedichten oder Reden zur Gruppenhistorie tragen offenbar wesentlich zur Sinngebung und Kohäsion bei.

Ähnliche Prozesse zeigen sich auch im Zuge der intensiven Vernetzung mit anderen Protestgruppen, die ähnliche politische Profile aufweisen. Einerseits wird der Kontakt zu anderen Gruppen aus der lokalen, regionalen und überregionalen Post-Corona-Bewegung gesucht und gepflegt. So werden immer wieder regional oder überregional prominente Aktivist:innen als Sprecher:innen zu lokalen Veranstaltungen eingeladen. Zugleich nehmen Mitglieder der lokalen Gruppen, insbesondere aus Hannover oder Hildesheim, an Protesten teil, für die bundesweit mobilisiert wurde, oder helfen etwa als Ordner:innen mit. Dadurch wird das eigene lokale Handeln in einen sinnstiftenden und motivierenden übergeordneten Kontext integriert. Diese Vernetzung – beziehungsweise die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zu gemeinsamem Protest – erfordert jedoch eine ausgeprägte Toleranz gegenüber

anderen Perspektiven und Positionen. Dies betrifft etwa dezidiert verschwörungstheoretische Chiffren, offen transfeindliche Positionen oder eine direkte Solidarisierung mit Rechtsaußenparteien, die auf überregionalen Post-Corona-Protesten deutlich stärker anzutreffen sind als bei lokalen Aktionen von Gruppen in Niedersachsen.

Andererseits arbeiten die meisten beobachteten Gruppen sehr gezielt daran, sich mit thematisch anders orientierten politischen Protesten zu vernetzen und zu solidarisieren, um eine breite gemeinsame Protestbasis zu schaffen und von anderen politischen Dynamiken zu profitieren. Wird ein gemeinsames Anliegen identifiziert oder werden Verantwortungen für einen Missstand bei denselben Personen oder Institutionen gesehen, schließen sich die Protestgruppen anderen Demonstrationen an beziehungsweise stellen ihre Proteste in den Zusammenhang der aktuellen Auseinandersetzung. Besonders prägnant zeigt sich dies während des Untersuchungszeitraums in Vernetzungsversuchen gegenüber den Protesten von Landwirt:innen und Spediteur:innen. Die Ampelregierung wird hier als gemeinsame Gegnerin und Urheberin einer problematischen Politik identifiziert; intensive Begleitung und solidarische Unterstützung vollziehen sich in Form von Kritik, Forderungen und Protestaktionen. Die Netzwerkarbeit findet sowohl auf gemeinsamen Veranstaltungen als auch im digitalen Raum statt – etwa durch gegenseitiges Teilen von Inhalten oder Aufrufe zur Teilnahme an Veranstaltungen befreundeter Gruppen.

Digitales Repertoire

Auch im digitalen Raum verfügen die Gruppen über spezifische Aktionsrepertoires. Gemeinsam ist allen Online-Aktivitäten, dass sie auf die Architektur und Logik sowie auf die Sprach- und Umgangsformen der jeweiligen digitalen Plattform ausgerichtet sind. So werden die verschiedenen Formate mit passenden Inhalten bespielt: *Telegram*-Nachrichten werden beispielsweise mit für die Bewegung geeigneten Emojis versehen (etwa Friedenstauben), Mobilisierungsvideos sind ebenso kurz wie prägnant gestaltet. Beides trifft die Umgangsformen, die sowohl der Bewegung als auch den Plattformen entsprechen, was in der Forschung

als »Platform Vernacular« – also die Umgangsform der Plattform – beschrieben wird (vgl. Gibbs et al. 2015). Die für die Gruppen zentralen Kanäle auf dem Messengerdienst *Telegram* werden grundsätzlich genutzt, um eigene sowie externe Inhalte aus anderen Kanälen zu teilen – insbesondere Videos, Sprachbotschaften Texte und Links beispielsweise zu Nachrichtenseiten. Im Fall der Weiterleitung von Inhalten aus anderen *Telegram*-Kanälen und Alternativmedien unterscheiden sich die Vorgehensweisen der Gruppen jedoch merklich: Im Kanal der Hannoveraner Gruppe ERH werden *Telegram*-Inhalte und Medienartikel zumeist von der Organisatorin kommentiert, gedeutet und eingeordnet; die Osnabrücker Gruppe GRO dagegen leitet in deutlich höherer Frequenz Inhalte weiter und überschwemmt die Follower:innen förmlich mit Links, Videos und Texten, die nur selten eingeordnet oder kommentiert werden.

Zudem posten sämtliche Gruppen eigene Inhalte, die entweder selbst oder mithilfe vorliegender Text-, Ton- oder Videobausteine neu produziert werden. Auch hier zeigen sich Besonderheiten einzelner Gruppen: Vor allem SMW und RLH teilen regelmäßig Videos ihrer eigenen Protestaktionen. Diese (Re-)Mediatisierung von Protest dient einerseits der Dokumentation vergangener Veranstaltungen, womit zur lokalen Teilnahme an zukünftigen Aktionen mobilisiert wird – auch indem digital der Eindruck einer beständigen protestpolitischen Betriebsamkeit erweckt wird. Zugleich machen die Videos selbst kleine und lokale Protestaktionen einer größeren Zuschauer:innenschaft zugänglich. Dies gelingt vor allem dann, wenn Videos in reichweitenstärkere Kanäle weitergeleitet werden. In diesem Zusammenhang scheint der von den Gruppen genutzte Ansatz einer seriellen Variation bedeutsam: Formell und inhaltlich ähnliche Protestszenerien werden durch den gezielten Einsatz von Hintergrundmusik, Kommentaren, Schnitttechniken oder Bildfiltern so verändert, dass sie gänzlich unterschiedliche Stimmungen und Botschaften transportieren, die je nach Inszenierung etwa melancholisch-nachdenklich, freundlich-geborgen oder politisch-kämpferisch ausfallen. Auf diese Weise entstehen nicht nur inhaltliche, sondern auch stilistische Aufmerksamkeitsanreize.

Deutungsmuster

Neben den Ressourcen und dem Aktionsrepertoire sind für die kontinuierliche Mobilisierung der untersuchten Gruppen – weit über das Ende der Coronamaßnahmen hinaus – schließlich die von der Bewegung entwickelten Deutungsmuster zentral. Diese umfassen Wahrnehmungen und Interpretationen politischer Probleme und Lösungen sowie für ihr gemeinsames Handeln zentrale Motivationen und Strategien. Auch hier zeigen sich über die untersuchten Gruppen hinweg Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

Masterframe Demokratieverteidigung

Eine grundlegende Gemeinsamkeit der Post-Corona-Proteste bildet das sowohl digital als auch analog postulierte Selbstverständnis als Verteidiger:innen von Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Hierbei handelt es sich um ein sogenanntes Masterframe, womit nach Benford (2013) ein übergreifendes, elastisches und nicht kontextspezifisches Deutungsmuster gemeint ist, in das sich Gruppen und Initiativen flexibel integrieren können. Für die Post-Corona-Gruppen erfüllt dieses Masterframe der Demokratieverteidigung verschiedene Funktionen.

Einerseits verbindet es die Gruppen über ihre inhaltlichen und strategischen Unterschiede hinweg zu einer politischen Einheit mit einem grundlegenden, dauerhaften Anliegen. Die Demokratie als Staatsform – mit all ihren Unzulänglichkeiten, als systemisch verstandenen Problemen und widersprüchlichen Auslegungen, etwa zwischen repräsentativen Formaten und direktdemokratischen Ansätzen – ist eine Konstante, um die gesellschaftlich stetig gestritten werden kann und wird. Verschiedene Demokratieauslegungen ermöglichen Bewegungsakteuren zudem, ein demokratisches Vorgehen und die Verteidigung der Demokratie für sich zu reklamieren.

Andererseits sendet das Masterframe der Demokratieverteidigung ein positives Angebot an die Öffentlichkeit und andere Bewegungen. Denn schließlich bilden die Prinzipien und die Verteidigung von Demokratie – jenseits aller gegenläufigen Tendenzen – einen zentralen

Grundbestandteil sowohl der politischen Kultur der Bundesrepublik als auch ganz unterschiedlicher Bewegungsakteure, wie etwa der Umweltbewegung (vgl. Lehmann 2024), gegen Rechtsextremismus gerichteter Proteste (vgl. Hensel/Jasser 2024), aber auch rechter Gruppierungen (vgl. Volk/Weisskircher 2024).

Zentraler Baustein des Masterframes der Demokratieverteidigung ist eine geteilte politische Problemdiagnose. So gehen alle Gruppen davon aus, dass während und durch die Coronapandemie politisch und gesellschaftlich Risse entstanden oder sichtbar gemacht worden seien, die man auch nach dem Ende aller Maßnahmen nicht überwunden habe. Die soziale Entfremdung und Polarisierung werden sowohl als zentrale individuelle wie auch als politische Probleme betrachtet. Jenseits der Frage, wie die Coronapandemie und ihre Gefährlichkeit eingeordnet werden, wird in allen Gruppen der Befund geteilt, dass die Maßnahmen und der Umgang mit der Pandemie einen Bruch mit Grund- und Freiheitsrechten darstellen. Weil die von der Regierung Merkel beschlossenen Coronamaßnahmen – nach Wahrnehmung der Protestgruppen wider besseres Wissen – von der Politik insgesamt sowie von den Medien unkritisch getragen und unterstützt worden seien, wird beiden – Medien und Politik – ein grundlegendes Versagen in ihren zentralen demokratischen Aufgaben und Funktionen vorgeworfen. Dieses grundlegende Elitenversagen wird wahlweise mit Ignoranz, Feigheit und Korruption oder ideologischer Absicht und Böswilligkeit erklärt.

Damit weisen die Gruppen ein manichäisches Weltbild⁴ auf, wie es für einen Populismus zentral ist (vgl. Kapitel 9), der elementar zwischen korrupten politisch-medialen Eliten und einem guten Volk unterscheidet. Letzteres bleibt, im Gegensatz zum Feindbild der Elite, im Fall der Post-Corona-Gruppen jedoch relativ vage. Eine grundsätzliche Gemeinsamkeit des Volks liegt in seiner Betroffenheit durch den kritisierten Rechts- und Demokratiebruch sowie den negativen gesellschaftlichen

4 Der Manichäismus beruht auf einer vereinfachten, dichotomen Sichtweise, die gesellschaftliche und politischen Akteure in gut und rein oder böse und korrupt einteilt. Komplexe soziale und politische Phänomene werden in dieser Sichtweise nicht angemessen erfasst.

Folgen der Pandemiepolitik. Die meisten Gruppen äußern jedoch die Einschätzung, das Volk sei sich der Bedrohung durch die Eliten in weiten Teilen gar nicht bewusst oder ignoriere diese aus Lethargie oder ideologischer Verblendung heraus. Aus dieser Diagnose speist sich die Motivation, Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit zu leisten, die im Erfolgsfall als Anstoß von Massenprotesten fungieren soll, wie folgender Post einer Gruppe umreißt:

»Wenn die Menschen bewusst handeln, ist die Gängelung morgen vorbei. Ein grundsätzlich kritisches Denken und der Wille bewusste Entscheidungen zu treffen, sind Pflicht. Der ständigen Umerziehung würde sofort der Spielraum entzogen und der Gesellschaft wieder Luft zum Atmen gegeben. Das dulle Mitlaufen und die naive Leichtgläubigkeit der Massen sind mit dem Demokratieprinzip nicht vereinbar.«
(Telegram-Nachricht, GRO)

Ein Aufruf zu einer Demonstration in Göttingen, für die bundesweit mobilisiert wurde, enthält beispielsweise folgende Postulate:

»**X**Die Politik führt Krieg gegen das Volk!
XDie Medien, als vierte Gewalt, existieren nicht mehr!« (Telegram-Nachricht, Weiterleitung, ERH sowie RLH)

Während zwar kein eindeutig erkennbarer Volkswille herausgearbeitet wird, so wird doch angenommen, dass die Eliten zumindest gegen ein – ebenfalls diffus bleibendes – Volkswohl handelten. Gruppierungen, denen eine manichäische Unterscheidung zwischen gutem Volk und korrupten Eliten zugrunde liegt, beanspruchen in der Regel, den Volkswillen zu vertreten. Die Post-Corona-Protestgruppen machen diesen Anspruch indes weniger explizit geltend. Vielmehr wird angenommen, der Volkswille bestehe darin, dass nicht gegen sein Wohl gehandelt wird. Die Diagnosen, in welchem Ausmaß diese »Politik gegen das Volk« (ERH) betrieben wird, unterscheiden sich zwischen den Gruppen jedoch erheblich. So diagnostizieren die vornehmlich auf Dialog und Verständigung ausgerichteten SMW: »Die Unzufriedenheit

in der Bevölkerung wächst und die **EHRlichkeit** unserer Politiker wird immer mehr angezweifelt« (Telegram-Nachricht, SMW, Herv. i.O.). Die inhaltlich radikaler und formell konfrontativer orientierte Gruppe GRO konstatiert dagegen: »Deutschland ist eine Diktatur, es gibt keinen Rechtsstaat, es gibt keine Menschenrechte«⁵ (Telegram-Nachricht, GRO), und sieht den Ausweg allenfalls in »völlig neue[n] Parteien« (Telegram-Nachricht, GRO).

Zwischen dem Zweifel an der Ehrlichkeit von Politiker:innen und der Diagnose, die Politik agiere gegen das Volk und man lebe in einer Diktatur, bestehen fundamentale Unterschiede. Daraus folgen auch unterschiedliche Positionierungen gegenüber dem demokratischen System. Eine Kritik am Handeln von Politiker:innen ist eine demokratische Praxis, die Gleichsetzung demokratischer Vorgänge mit einer Diktatur verkennt indes das Wesen demokratischen Regierens. Beide Positionen teilen jedoch eine sehr grundlegende Skepsis gegenüber den Institutionen und Akteuren der politischen und medialen Landschaft. Die Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung werden zum Erweckungserlebnis stilisiert, das einen klaren Blick auf die Böswilligkeit der politischen und medialen Eliten eröffnet hat. Die aus der Pandemie heraus entwickelte generelle Skepsis gegenüber Politik und Medien schlägt sich bei den beobachteten Gruppen in einem allgemeinen politischen Wahrnehmungsmuster nieder, das von einem ausgeprägten Anti-Elitismus geprägt ist. Das Versagen oder sogar absichtsvolle Handeln gegen die Bevölkerung seitens der Elite wird als systemisch wahrgenommen, die Polarisierung in der Bevölkerung als schwer überwindbar:

»Vor ziemlich genau 2 Jahren, in der dunkelsten zG Zeit, als Menschen vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, beschimpft, verfolgt oder unter Druck gesetzt wurden [...], in der eben diese Menschen als gefährliche Sozialschädlinge, asoziale Trittbrettfahrer bezeichnet wurden, auf die die gesamte Republik mit dem Finger zeigen sollte [...] in dieser Zeit, als die Montagsspaziergänge in vollem Gange

5 Zur hiermit verwandten, während der Pandemie zumeist von Rechtsradikalen verwendeten Chiffre der »Coronadiktatur« vgl. Volk/Weisskircher 2024: 12.

waren, Menschen in Uniform teilweise mit brutaler Gewalt auf friedliche Demonstranten einschlugen. [...] In dieser Zeit entstand hier in Hannover eine kleine Gruppe von standhaften Menschen, die sich diesen dunklen Tagen zum Trotz mit einfachen Wortbotschaften den Bürgern auf der Straße gegenüberstellten.« (Webseitentext, SMW)

»Es hat sich ein politisch-gesellschaftliches System herausgebildet, in dem Regierung, Medien, grosse Unternehmen und die Justiz die herrschende Meinung bestimmen und zu Sanktionen greifen, wenn jemand von ihr abweicht. Wer in diesem Mechanismus nicht zerrieben werden will, muss konform bleiben und das bestehende System mittragen.« (Telegram-Nachricht, ERH)

Hier werden die Erfahrungen der Gruppen zu einem pessimistischen Eliten- und Gesellschaftsbild verwoben. Dabei zeigt sich, wie stark das Gefühl der Ohnmacht gegenüber einem als repressiv und ungerecht empfundenen System weiterhin ist. Das beschriebene Muster wurzelt in einer geteilten und beständig erinnerten persönlichen Betroffenheit von gesellschaftlicher Ausgrenzung, politisch-medialer Diffamierung und staatlicher Repression in und nach der Coronapandemie. Die systemische Ohnmacht wie auch die Analyse, ein Unrecht erkannt zu haben, für dessen Benennung die Gruppen(mitglieder) beständig diffamiert würden, werden wiederum auf aktuelle Situationen übertragen. Auch nach dem Ende der Maßnahmen und einem Regierungswechsel wird das absichtsvolle Versagen politisch-medialer Eliten als systemisches Problem beschrieben, das sich beständig äußert: Negative politische Entwicklungen wie Krieg, wirtschaftliche Krisen oder soziale Missstände werden so als Ergebnis absichtsvollen Handelns der politisch-medialen Eliten interpretiert, die gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung arbeiteten.

Aus der selbsterfahrenen Erkenntnis, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt erodiere und sich das demokratische System in einer Krise befinde, ergeben sich zentrale Motivationsfaktoren der Gruppen. Der systemische Charakter der diagnostizierten Krise wirkt als wichtige Motivation für den Fortbestand der Gruppe. Eine Fortsetzung der Proteste

wird als notwendig und dringlich erachtet, da die gesellschaftspolitische Lage dies verlange. Die aus der Coronakrise abgeleitete Diagnose ist so allgemein und grundlegend, dass sie selbst nach dem Ende der Pandemie erhalten sowie dringlich bleibt und die Gruppen zu einer prinzipiell unbegrenzten Fortführung ihrer Aktivitäten anhält. Auf Fragen, weshalb die Aktivist:innen weiter regelmäßig protestieren, wurde – mit dieser Motivation und der Diagnose kongruent – regelmäßig mit Unverständnis reagiert. Somit beeinflussen diese Vorzeichen die Motivation der jeweiligen Gruppe. Die Selbst-Bestätigung, dass ein Weitermachen unumgänglich sei, verbindet sich mit einem intensiven Gemeinschaftsgefühl sowie der selbst gestellten Aufgabe, die erkannten Herausforderungen durch- und auszuhalten. Entsprechend wird das Engagement von Aktivist:innen stetig gelobt und das (eigene) Durchhaltevermögen hervorgehoben. Die Konstruktionen der Eigengruppe als gut und rechenschaftlich sowie der Fremdgruppe als korrupt und dem Volk sowie der Bewegung nicht wohl gesonnen tragen hierzu maßgeblich bei.

Antworten auf die Defensive

Die Gruppen teilen das Grundverständnis, die Demokratie zu verteidigen, sowie ein manichäisches Bild von Volk und Elite, wobei sich konkrete Ausdeutungen allerdings unterscheiden. Die jeweils entwickelten Grundhaltungen der Gruppen bedingen jedoch, welche möglichen Lösungsansätze präsentiert und welche Strategien favorisiert werden. Die Proteste kritisieren dezidiert die gesamte Sphäre der etablierten Politik, insbesondere die Regierung sowie die sie tragenden Parteien und Politiker:innen, und fordern etwa deren Rücktritte oder Maßnahmen zur Politiker:innenhaftung. Letztlich wird der Politik und ihren zentralen Akteuren so stark und grundlegend misstraut, dass von ihnen kein Umdenken oder -lenken mehr erwartet wird.

Die Distanz zur etablierten Politik gilt auch in der postpandemischen Phase sowie selbst für inner- und außerparlamentarische Oppositionsparteien wie etwa AfD, BSW oder DieBasis; letzterer wird zum Teil eine grundsätzlich größere Offenheit für die kritisierten Missstände und Protestanliegen zugebilligt. Sie werden aber kaum

als effektive Motoren eines politischen Wandels adressiert. Systematische und engere Kooperationsversuche mit Parteiakteuren wurden im Rahmen der Beobachtungen dementsprechend kaum festgestellt.⁶ Die Medien werden zwar fortwährend zu einer Reflexion ihrer Versäumnisse und Fehler aufgefordert; kritische Aktionen ließen jedoch kaum strategische Ansätze erkennen, die mediale Berichterstattung im Sinne der Gruppen zu beeinflussen. Eine Ausnahme sind etwa Mahnwachen der SMW vor dem NDR-Gebäude in Hannover.

Letztlich halten ihre antielitäre Wahrnehmung und Logik die Gruppen davon ab, die verantwortliche Politik und ihre gewählten Repräsentant:innen direkt zu adressieren. Zu diesen wird äußerst selten ein Bezug hergestellt, wie dies im Fall einer SMW-Aktion beobachtet werden konnte. Stattdessen wenden sich die Gruppen direkt an das Volk. Einerseits wird versucht, dieses in Form der jeweiligen Stadtbevölkerung über Demonstrationen und Dialogangebote direkt zu adressieren; andererseits versuchen die untersuchten Gruppen, im Volk schwelende Unzufriedenheiten und negative Stimmungsdynamiken aufzugreifen, indem sie sich mit aufkommenden Protestdynamiken solidarisieren.

Im Vorgehen der Bewegungsorganisationen zeichnen sich damit zwei Typen von strategischen Antworten ab, die sowohl auf die geschlossenen Gelegenheitsstrukturen der Gruppen reagieren als auch auf ihr großes Misstrauen gesellschaftlichen Eliten gegenüber (vgl. Tab. 2).

Der erste Typus weist eine klare Fokussierung auf, wie wir sie bei GRO in Osnabrück und SMW in Hannover vorgefunden haben. Ihr Vorgehen zeichnet sich durch die Kombination einer grundlegenden Demokratiekritik mit fokussierten Kampagnenthemen aus, die in einer grundsätzlich dialogischen Form kommuniziert werden. Die aus der Coronakrise abgeleitete Elitenkritik resultiert bei diesen Gruppen stark aus der Einschränkung von Grund- und Bürgerrechten während der

6 Eine Ausnahme bildet eine Zusammenarbeit zwischen GRO und DieBasis. Auch haben sich nach dem Ende unseres Beobachtungszeitraums einzelne Hinweise auf eine stärkere Bezugnahme auf die AfD ergeben (vgl. Biediger/Helmer 2025).

Pandemie. Die Coronamaßnahmen begreifen sie als politisch sinnlos, zudem bewussten Norm- und Rechtsbruch seitens der Regierung. Dieser Bruch habe, so die Diagnose der Gruppen, einen irreparablen Schaden in der Gesellschaft hinterlassen, der letztlich die Gültigkeit der Grundrechte und den Zusammenhalt der Gesellschaft infrage stelle. Den Medien, insbesondere dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wird in diesem Kontext vorgeworfen, den politischen Kurs gestützt, befürwortet und legitimiert zu haben. Der Kernkonflikt – die Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung – wirken für diese Gruppen auch noch Jahre später nach.

Tabelle 2: Strategische Profile der untersuchten Post-Corona-Gruppen

	Gruppe	Strategie	Hauptthema	Kernforderung
TYP 1	<i>Schneemänner mit Würde</i>	Thematisch fokussierte Systemkritik	Gesellschaftlicher Vertrauensbruch	Versöhnung
	<i>Grundrechte Osnabrück</i>		Politischer Legitimitätsbruch	Aufarbeitung
TYP 2	<i>Es reicht! Hannover</i>	Thematisch breite Policy-Kritik	Populistische Opposition zur Regierung	Regierungs- und Politikwechsel
	<i>Rote Linie Hildesheim</i>			

Quelle: eigene Darstellung

Aus dieser Grundperspektive entwickeln die Gruppen jeweils zugespitzte Problemdiagnosen: Die Gruppe »Grundrechte Osnabrück« (GRO) fokussiert stark auf die Pandemiepolitik der Merkel-Regierung, der sie eine bewusste Täuschung der Bevölkerung unterstellt. Sie rekurriert auf ein breit gefächertes Gegenwissen, dem sie mithilfe von »Gegenexpert:innen« (Pantenburg/Reichardt/Sepp 2021: 31) Aufmerk-

samkeit und Geltung verschaffen will. Einige Gruppen beziehen sich etwa auf Sucharit Bhakdi, einen emeritierten Professor für Mikrobiologie, der zu einer »wissenschaftlichen Galionsfigur der Bewegung« (ebd.: 51) geworden ist, oder auf den 2023 verstorbenen Schriftsteller Gunnar Kaiser (vgl. Guyton 2025). Mittels vielfältiger Aktionen reklamiert GRO so insgesamt, eine dialogisch-diskursive Aufarbeitung der Corona-Politik anzustoßen – wobei sie mit der inhaltlich detaillierten Bezugnahme auf alternative Einschätzungen und interne Papiere die Pose einer Aufklärerin einzunehmen versucht.

Die Hannoveraner Gruppe »Schneemänner mit Würde« (SMW) fokussiert ihre Kampagnen dagegen weniger auf die Pandemiepolitik selbst, sondern deren Folgen. Diese sehen sie zuvorderst in einer grundlegenden gesellschaftlichen Spaltung sowie im Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Dialogfähigkeit, die sie durch die Aktionsform ihrer stillen Mahnwachen wiederherzustellen versuchen. Zugleich verfolgen die SMW eine thematisch fokussierte bürgerrechtliche Kampagne, die sich auf die Forderung nach der Freilassung des *WikiLeaks*-Gründers und Aktivisten Julian Assange konzentriert, dessen Person und Aktivismus zum Sinnbild für Transparenz und Aufklärung über staatliche Übergriffe stilisiert werden.

Der zweite Typus, der aus den untereinander verbundenen Gruppen ERH in Hannover und RLH in Hildesheim gebildet wurde, zeichnet sich dagegen durch eine insgesamt breitere und vagere Perspektive aus, die einen offensiven Manichäismus mit einer thematisch umfassenden Protestagenda verknüpft. Die Erfahrung der Pandemie sowie die dagegen gerichteten Maßnahmen verstehen auch diese beiden Gruppen als Demokratie- und Rechtsbruch einer korrupten Elite. Stärker als im ersten Typus übertragen sie jedoch diese Wahrnehmung auf gegenwärtige Aktivitäten von Politik und Medien. Der während der Pandemie herausgebildete Manichäismus, der ein gutes Volk von einer bösen Elite abgrenzt, dient hier als Linse, durch die gesellschaftliche Entwicklungen betrachtet und politische Probleme diagnostiziert werden. Aktuelle Geschehnisse und Politik werden als Ausdruck von Elitenkorruption gesehen.

Die grundlegende Ablehnung von entweder als »pro-Elite« oder »anti-Volk« wahrgenommenen Maßnahmen führt zu einer Agenda, die den ersten Blick recht eklektisch erscheint, jedoch von einem gemeinsamen Antielitismus grundiert wird. In dieser werden unterschiedlichste Themen und Kritiken miteinander vereint. Im Zentrum stehen zum einen wirtschaftliche und sozialpolitische Themen, zum anderen Kulturkampfthemen. Dazu gehören die Ablehnung geschlechtergerechter Sprache, die Forderung nach dem Erhalt von Bargeld als Zahlungsmittel, die Kritik an Steuererhöhungen oder an Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit. Diese Politiken werden als Mittel verstanden, mit denen die Bevölkerung kontrolliert (geschlechtergerechte Sprache), überwacht (Abschaffung von Bargeld als Zahlungsmittel) oder in Armut getrieben (wirtschaftliche Reformen) werden soll. Gleichzeitig werde sie durch die Selbstzensur der Medien uninformiert gehalten (»Dein Fernseher lügt«; vgl. auch Kapitel 6). Die Analysen der Gruppen ordnen somit sehr unterschiedliche Politiken als Ausdruck des Manichäismus ein, wie er für populistische Weltbilder zentral ist (vgl. Mudde 2007). Die angeprangerten Missstände sind jeweils Symptome eines angeblich krankhaften Systems, vorangetrieben von korrupten Eliten.